

Beantwortung

des dringlichen überparteilichen Postulates 20240025, Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sutter Andreas, FDP, Bord Pascal, PRR, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, GLP, Heiniger Peter, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «TeleBilingue muss bleiben»

Das dringliche Postulat fordert den Gemeinderat auf, zusammen mit den kantonalen Behörden TeleBilingue im Rahmen der Beschwerde ans Verwaltungsgericht mit der «bestmöglichen rechtlichen Beratung» zu unterstützen.

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen der Vernehmlassung zu den Bewerbungen um eine Veranstalterkonzession im Sommer 2023 klar und unmissverständlich positioniert, indem er zu Händen des federführenden UVEK unterstrich, dass bezüglich der Vergabe der TV-Konzession die bislang erfolgreich praktizierte Zweisprachigkeit auch inskünftig zum Tragen kommen soll (d.h. 1 Kanal deutsch/französisch mit identischem Inhalt). Es sei entscheidend, dass der aktuelle Anbieter die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Versorgungsgebiet kennt und damit auch den Umgang bezüglich Zweisprachigkeit in seinen vielfältigen und anspruchsvollen Facetten, die weit über das Sprachliche hinausgehen, beherrscht. Erhielte TeleBilingue, so die Überzeugung des Gemeinderates, erneut die Konzession, könnten weiterhin die Synergien im zweisprachigen Medienzentrum in Biel genutzt werden und der Austausch der in der Region gut verankerten Akteure aller Medien (Zeitungen, Radio, Fernsehen, deutsch und französisch) gefördert werden. Diese Stossrichtung hat der Gemeinderat konsequent vertreten, und der Stadtpräsident hat im Rahmen seiner Auftritte die staatspolitische Bedeutung der Vorlage stets betont.

Der Gemeinderat kann im Hinblick auf eine (mögliche) Beschwerde an das Verwaltungsgericht jedoch keine rechtliche Beratung eines privaten Anbieters vorsehen, hierzu fehlen die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Hingegen kann die Stadt aufgrund ihrer konkreten und langjährigen Erfahrungen sowie ihrer unmittelbaren Betroffenheit gegenüber der Mediengruppe Gassmann Einschätzungen betreffend die Beurteilung der Kriterien zur Zweisprachigkeit durch das UVEK abgeben. Weiter sieht der Gemeinderat seine Aufgabe darin, sich auch weiterhin politisch für eine sachgerechte Medienlandschaft in der Region einzusetzen. Er ist überzeugt, dass die Mediengruppe Gassmann den Rechtsweg auch ohne städtische Unterstützung auf einer professionellen und sachkundigen Grundlage beschreiten wird.

Der Gemeinderat beantragt daher dem Stadtrat, das dringliche überparteiliche Postulat 20240025 erheblich zu erklären.

Biel, 28. Februar 2024

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· Dringliches überparteiliches Postulat 20240025

TeleBilingue leistet seit 1999 mit seiner zweisprachigen Berichterstattung in der Region Biel/Bienne -Seeland einen enormen Beitrag zur Überschreitung der Sprachgrenzen. Als Teil der Bieler Mediengruppe Gassmann, ist TeleBilingue in der Region Biel/Bienne-Seeland verankert.

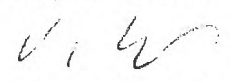
Der Bundesratsentscheid aufgrund des BAKOM Antrags, TeleBilingue die Konzession zugunsten von Canal Alpha zu entziehen, ist das Resultat eines vom BAKOM gewählten Verfahrens. TeleBilingue hat 25 Jahre Erfahrung vorzuweisen. Das Konzessionsgesuch wurde auf der realistischen Grundlage dieser langjährigen Erfahrung gestellt, was aber offenbar bei der Beurteilung nicht berücksichtigt wurde. Der Bund hat bei seinem Entscheid einmal mehr keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Region genommen (wie auch schon beim SBB-Fahrplan).

Canal Alpha wird die Region Biel/Bienne-Seeland nach Sprachen getrennt informieren. Es ist zu befürchten, dass die lokale, zweisprachige Berichterstattung stark unter diesem Entscheid leidet.

Die Stadt Biel muss ihre Politische Verantwortung wahrnehmen und sich entschieden für den Verbleib von TeleBilingue einsetzen.

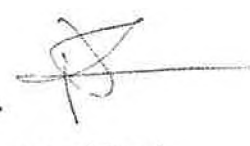
Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, zusammen mit den kantonalen Behörden, Telebilingue im Rahmen der Beschwerde ans Verwaltungsgericht, mit der bestmöglichen rechtlichen Beratung zu unterstützen.

Biel, 18.01.2024

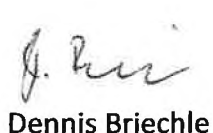

Salome Strobel
Fraktion SP JUSO


Joseline Stolz
Groupe PSR


Andreas Sutter
FDP


Pascal Bord
PRR


Urs Scheuss
Grünes Bündnis


Dennis Briechle
Grünliberale


Peter Heiniger
PdA


Mohamed Hamdaoui
Le Centre